



Vorbericht

Vorlage Nr. 10-006-2023

Ziffer 12 der Tagesordnung

Ziffer 22 der Tagesordnung

KT-02-2023VF-02-2023

Dezernat 1

Haupt- und Personalamt

Anja Lachenmayer

Verwaltungs- und Finanzausschuss

öffentlich am 28.06.2023

Kreistag

öffentlich am 05.07.2023

Teilweise Entfristung der am 6. April 2022 geschaffenen Stellen zur Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme (Antrag an den Kreistag)

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag nimmt vom vorgelegten Bericht Kenntnis.
2. Der Kreistag billigt der Verwaltung die Entfristung bis zu 40,30 VZÄ der mit Beschluss vom 6. April 2022 befristet zur Verfügung gestellten Personalkapazitäten zur Bewältigung der Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis Biberach zu.
3. Die befristeten Arbeitsverhältnisse können mit sofortiger Wirkung entfristet werden.
4. Die Stellen werden im Stellenplan 2024 aufgenommen.

Sachverhalt

Neben den bereits seit Herbst 2021 deutlich angestiegenen Zuweisungszahlen für Flüchtlinge, stehen seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine Bund, Landkreise, Städte und Gemeinden vor der Herausforderung die aus der Ukraine und anderen Staaten flüchtenden Menschen aufzunehmen, unterzubringen und zu integrieren. Um diese Herausforderung für den Landkreis Biberach zu bewältigen, billigte der Kreistag in der Sitzung vom 6. April 2022 insgesamt 48,8 Stellen, davon 19,8 gegenfinanzierte Stellen. Die Personalkapazitäten wurden im Rahmen eines anpassenden Systems zur Bewältigung der Aufnahme von Flüchtlingen überplanmäßig befristet auf zwei Jahre bewilligt.

Aktuelle Situation

Der Landkreis hat im Jahr 2022 so viele Geflüchteten aufgenommen wie noch nie. Ein Großteil kam aus der Ukraine, aber auch aus andere Ländern.

2022 und 2023 kamen rund 3.650 Geflüchtete in den Landkreis Biberach. Davon wurden über das Land Baden-Württemberg 2.338 Menschen in die Gemeinschaftsunterbringung zugewiesen. Zum Stichtag 23. Mai 2023 leben 1.550 Geflüchtete in der vorläufigen Unterbringung des Landkreises. In den Landkreis kommen derzeit monatlich rund 80 Geflüchtete, darunter circa 30-40 Personen aus der Ukraine.

Die Kapazitäten des Landkreises liegen derzeit bei rund 1.900 Plätzen in 35 dezentralen Gemeinschaftsunterkünften, die über unsere Wohnheimverwaltungen (Verwaltung und Hausmeister) betrieben werden.

Die laufende Akquise von weiterem Wohnraum und die Betreuung der Gebäude ist mit einem hohen Personalaufwand verbunden. Durch den kontinuierlichen Aufbau der Unterkünfte und die dezentrale Unterbringung konnten Hallenbelegungen zur Notunterbringung vermieden und die Integration der geflüchteten Menschen im gesellschaftlichen Frieden durchgeführt werden.

Die Anleitung der Mitarbeiter, die Verwaltung der Gebäude und die Ansprechpartner für Bewohner, Eigentümer und Nachbarn sind Grundlage für die gute Integration der vielen Menschen, die in den Landkreis kommen.

Im Landkreis leben über 6.000 Menschen mit humanitärem Aufenthaltsstatus, davon knapp 5.000 Menschen in der Anschlussunterbringung bzw. in privatem Wohnraum in den Gemeinden, die auch über das Integrationsmanagement des Amtes für Flüchtlinge und Integration betreut werden und vor Ort in den Kommunen einen hohen Beitrag zum sozialen Frieden leisten.

Entfristung

Seit April 2022 konnten im Rahmen eines anpassenden Systems eine Vielzahl der bewilligten Stellen befristet auf zwei Jahre besetzt werden. Stand 23. Mai 2023 waren von den 48,8 Stellen 40,33 Stellen besetzt. Die Befristungen laufen bis maximal 31. Dezember 2024. Aufgrund der weiterhin anhaltenden Flüchtlingsbewegung ist nicht absehbar, dass eine Reduzierung des Personalkörpers bis zum 31. Dezember 2024 realisierbar ist. Aufgrund der Tatsache, dass bereits im Frühjahr 2024 die ersten Befristungen auslaufen, ist es mit Blick auf die Personalbindung wichtig frühzeitig Perspektiven für die Beschäftigten aufzuzeigen. Aus diesem Grund wurden verwaltungsintern im ersten Quartal 2023 Bedarfsabstimmungen mit den betroffenen Ämtern geführt. Aufgrund der weiterhin hohen Arbeitsbelastung durch die Flüchtlingsbewegung sollen folgende Stellen mit dem Stellenplan 2024 entfristet werden:

Amt	Tätigkeit	VZÄ	Wertigkeit	gegenfinanziert
Haupt- und Personalamt	Personalsachbearbeitung	0,80	A11 / EG 9c	Nein
Ausländerbehörde	Sachbearbeitung	2,50	EG 9a	Nein
Amt für Liegenschaften und Gebäudemanagement	Techniker	1,00	EG 10	Nein
Amt für Liegenschaften und Gebäudemanagement	Sachbearbeitung	1,00	EG 9a	Nein
Amt für Flüchtlinge und Integration	Hausmeister	7,00	EG 6	Ja
Amt für Flüchtlinge und Integration	Front-Office	1,00	EG 5	Nein
Amt für Flüchtlinge und Integration	Sachbearbeitung Asylbewerberleistungsgesetz	3,00	EG 9a	Nein
Amt für Flüchtlinge und Integration	IMA	15,00	S8-S12	Ja
Amt für Flüchtlinge und Integration	Wohnheimverwaltung	3,00	EG 10	Ja
Jobcenter	Office	2,00	EG 5	Nein
Jobcenter	Sachbearbeitung	3,00	EG 9a	Nein
Sozialamt	Sachbearbeitung	1,00	EG 9a	Nein

Somit ist von einem dauerhaft gestiegenen Gesamtpersonalbedarf von 40,30 Stellen auszugehen. 25,0 dieser Stellen sind gegenfinanziert.

Hochrechnung der nicht gegenfinanzierten Personalkosten

Die derzeit nicht gegenfinanzierten Stellen führen zu folgenden Personalkostenhochrechnungen:

Stellenwertigkeit	Summe nicht gegenfinanzierte Stellen	Personalkosten pro 1,0 VZÄ	Personalkostenhochrechnung 2024
EG 10	1,0	6.250,00 €	75.000,00 €
EG 9c	0,8	5.558,33 €	53.359,97 €
EG 9a	10,5	5.191,67 €	654.150,42 €
EG 5	3,0	4.541,67 €	163.500,12 €
Gesamt	15,3		946.010,51 €

Die Kosten für die am 6. April 2022 bewilligten Stellen wurden monetär bereits im Haushaltsplan 2023 berücksichtigt – ebenso in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2024, 2025 und 2026. Zur Entfristung der Stellen müssen die Stellen jedoch zusätzlich in den Stellenplan 2024 ff aufgenommen werden.

Vollständigkeitshalber weist die Verwaltung an dieser Stelle darauf hin, dass für die Stellenplanung 2024 mit Kreistagsbeschlüssen vom 24. März 2023 bereits 7 Stellen für das Jugendamt und das Ordnungsamt beschlossen wurden. Im Hinblick auf die Haushaltsplan-aufstellung für das Jahr 2024 liegen weitere Stellenanträge aus den einzelnen Ämtern mit annähernd 30 VZÄ vor. Eine Überprüfung der Stellennotwendigkeiten findet derzeit statt und ist Gegenstand des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2024